

Medienmitteilung

Thema	«Es ist fünf vor Köniz» - GLP/JGLP-Fraktion lehnt das Budget 2023 ab
Für Rückfragen	Maurice Lindgren, Co-Fraktionschef GLP/JGLP-Fraktion im Stadtrat Bern maurice.lindgren@grunliberale.ch ; 079 765 37 00 Remo Sägesser, Mitglied der Kommission FSU remo.saegesser@buero-h.ch ; 078 824 44 11
1. September 2022	

«Es ist fünf vor Köniz» - Die GLP/JGLP-Fraktion lehnt das Budget 2023 ab

Das Produktgruppenbudget 2023 sieht wiederum ein Defizit von 28.6 Millionen Franken vor, sämtliche Ziele der finanzpolitischen Strategie des Gemeinderats werden verfehlt und ein Schuldenzuwachs von 70 Millionen Franken steht an. Hinter vorgehaltener Hand wird davon gesprochen, dass möglicherweise eine Steuererhöhung nötig werden könnte. Diese finanzielle Situation muss ein Weckruf sein und weitere Massnahmen des Gemeinderates zur Folge haben.

Zwei Jahre in Folge haben die Grünliberalen die Budgets der Stadt Bern corona-krisenbedingt unterstützt. Ungenügende Selbstfinanzierungsquoten wurden akzeptiert, Schuldenzuwachs im Sinne einer antizyklischen Finanzpolitik hingenommen, defizitäre Budgets dem Stimmvolk zur Annahme empfohlen. Damit sollte der Stadtregierung in einer unsicheren Zeit auch vonseiten der Grünliberalen der Rücken gestärkt werden.

Dabei haben die Grünliberalen immer betont, dass die Defizite strukturell, also hausgemacht, sind aufgrund eines unverhältnismässigen Ausbaus in den Vorjahren. Das heisst, dass die Finanzierung von Leistungen und Investitionen über Schulden nicht mit einer generationengerechten Finanzpolitik vereinbar war und ist. Denn dafür müssten Budgetüberschüsse in zweistelliger Millionenhöhe erzielt werden.

Für das vorliegende Budget stellen die Grünliberalen fest, dass auf der Einnahmeseite zu positiv budgetiert wird. Damit bestehen erhebliche Zweifel, dass mit dem vorliegenden Budget trotz Millionendefizit die bestehenden Risiken realistisch dargestellt sind. Die Stadtregierung darf sich nicht aufgrund von Sondereffekten in der Rechnung 2021 in Höhe von rund 20 Millionen Franken wiederum auf das Glück verlassen. Die Lage ist ernster als es der Saldo des Budgets anzeigt, das Vertrauen ist erschüttert. Die Grünliberalen stellen daher einen Rückweisungsantrag zum Budget 2023 und fordern die Rückkehr zur Budgetierung nach dem Grundsatz des Vorsichtsprinzips:

- Ob die Feuerwehrabgabe als Kopfsteuer mit budgetierten Einnahmen von 6.2 Millionen Franken bei der Stimmbevölkerung eine Mehrheit findet, ist umstritten. Zudem ist angesichts der fortgeschrittenen Zeit ein Inkrafttreten per 2023 unrealistisch.

- Bei den Unternehmenssteuern wurde mit neuen Rekordeinnahmen gerechnet, obwohl die volatile weltpolitische Lage neue Risiken mit sich bringt (Energiekrise, Krieg in der Ukraine) und die Corona-Effekte noch nicht verdaut sind (Konkurse, mehrjährige Verlustvorträge).
- Obwohl die Inflation bereits Mitte 2022 bei über 3% gelegen hat, rechnet der Gemeinderat mit einer Inflation von lediglich 1%. Folglich sind auch die Konsequenzen daraus in nicht ausreichendem Ausmass im Budget berücksichtigt.

Neben einzelnen weiteren Anträgen verlangen die Grünliberalen per Planungserklärung, dass die vom Gemeinderat mittelfristig selbst als notwendig bezeichneten Massnahmen im Volumen von 20 Millionen Franken früher umgesetzt werden, anstatt diese auf die nächste Legislaturperiode zu verschieben.

Die finanziellen Konsequenzen des stark ausgebauten Personalreglements sind in den aktuellen Finanzinstrumenten noch nicht einmal abgebildet. Gegen das kürzlich beschlossene Personalreglement haben die Grünliberalen deshalb das Referendum ergriffen. Sorge bereiten neben der Tonalität im Stadtrat zur Personaldebatte auch der in der Öffentlichkeit fehlende Mahnfinger des Finanzdirektors. Stadtrat und Regierung scheinen nach einer bedingten, zweijährigen Pause wieder ins alte Fahrwasser zurückzukehren. Die aktuelle Finanzpolitik der Stadt Bern ist meilenweit davon entfernt, nachhaltig zu sein und entwickelt sich sogar in die falsche Richtung. Dies muss verhindert werden.